

Bilanz der ersten Nachkriegsdepression in der westlichen Industrielwelt *)

*Dr. Karl Kühne, Jahrgang 1917, ist seit mehr als zwanzig Jahren ständiger
•wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der Gewerkschaftlichen Monatshefte. Er ist
Hauptverwaltungsrat in der Generaldirektion Verkehr der Europäischen
Kommission in Brüssel.*

Im Herbst 1975 wird es möglich, eine erste Bilanz der Depression zu ziehen,
die seit anderthalb, wenn nicht seit zwei Jahren die westliche Industrielwelt ge-

troffen hat. Dabei kann es nicht darum gehen, nur die Tabestände als solche aufzunehmen. Man sollte einen Schritt weitergehen und nach den tieferen Ursachen forschen. Gleichzeitig sollte man darüber hinaus die Frage nach den Gründen für das kollektive Versagen der Regierungen stellen.

Ein solches kollektives Versagen liegt zweifellos vor. Man erinnere sich: Bis in die frühen siebziger Jahre hinein glaubte die Öffentlichkeit, die Regierungen unserer Zeit hätten das Patentrezept für die Vermeidung tieferer Rezessionen sozusagen in der Schublade bereit liegen; sie brauchten es im Ernstfall nur herauszuziehen, um ihre meisterhaften Pläne in die Tat umzusetzen. Sachkenner wußten längst, daß dieses optimistische Bild trog. Aber die weitesten Kreise des Publikums glaubten doch, daß es praktisch eigentlich nur noch Wachstumszyklen geben könne — das heißt leichte Variationen der Wachstumsraten, ohne daß ausgesprochene Rückschläge einsetzen müßten. Diese Illusion war nur zeitweise von einigen Fachleuten in Erwägung gezogen worden. Tiefschürfendere Untersuchungen ergaben bald, daß erstens reine Wachstumszyklen in der Nachkriegszeit schwer nachzuweisen waren und daß zweitens der klassische Konjunkturzyklus, wenn auch in unregelmäßiger und international nicht einheitlicher Form, doch weiterlebte¹⁾.

Es wäre eine grobe Verzerrung der Wirklichkeit, wenn man den Arabern und der Erdölpreissteigerung die Schuld zuschieben wollte für das Wiedererstehen des Zyklus in reiner und international synchroner Form. Der Rückschlag hat vor allem in der Bundesrepublik, aber auch anderwärts bereits vor Oktober 1973 eingesetzt. Er ist durch die Übersteigerung in der Rohstoffpreisentwicklung sicherlich verschärft worden; diese dürften vor allem in Richtung auf eine gewisse Synchronisierung der Übersteigerung des Booms gewirkt haben. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, daß vor allem in einigen führenden Ländern, darunter der Bundesrepublik, zur Unzeit und zu lange deflationäre Tendenzen nicht nur in der Geldpolitik, sondern auch in der Fiskalpolitik verfolgt worden sind.

Bedrückende Bestandsaufnahme

Das Bild, das sich im Herbst 1975 abzeichnet, ist bedrückend genug: Über 15 Millionen Arbeitslose in der westlichen Industriewelt, ein Rückgang der Industrieproduktion um insgesamt mindestens 15 % und eine Auslastung der Industriekapazität, die unter 75 % gesunken sein dürfte.

Dabei sei vorausgeschickt, daß bisher das Bild eher noch zu günstig gezeichnet zu werden pflegte: So hat z. B. das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Juli 1975 den Rückgang des Bruttosozialprodukts der BRD für 1975 auf zwei

*) Der Aufsatz gibt lediglich die persönliche Meinung des Autors wieder.

1) Vgl. Martin Bronfenbrenner (Hrsg.), *Is the Business Cycle Obsolete?*, New York 1969. Vgl. darin das Vorwort (Preface), in dem Bronfenbrenner erklärt, die Tagung habe als Antwort auf die Frage ein eindeutiges „Nein“ ergeben (s. S. VI).

Prozent veranschlagt²⁾). Andere Berechnungen im gleichen Institut nannten etwas später drei Prozent³⁾. Anfang September stellte es für das zweite Quartal 1975 fest, daß das Bruttosozialprodukt um 4,4 % unter der gleichen Vorjahreszeit lag (im ersten Quartal waren es sogar 4,9 % gewesen). Die saison- und arbeitstäglich bereinigte Berechnung zu konstanten Preisen ergab jedoch, daß das Bruttosozialprodukt gegenüber seinem Höchststand im zweiten Quartal 1974 (1 002 Mrd. D-Mark) auf 938 Mrd. DM im zweiten Quartal 1975 abgesackt war, also um 6,2 %⁴⁾.

Der Jahresbericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaft⁵⁾ verzeichnet demgegenüber einen Rückgang des bundesdeutschen Sozialproduktes für 1975 in Höhe von 3,5 %. In der gleichen Größenordnung liegen nach diesem Bericht Irland und Italien; Frankreich, die Niederlande und Belgien liegen um 2 %, Großbritannien und Dänemark um 1 %, Luxemburg hält den Rekord mit 7,5 % >. Für die Gemeinschaft insgesamt gilt ebenfalls die Ziffer von 2 % o. Diese scheint danach also noch glimpflich abgekommen zu sein gegenüber den USA, die schon im Vorjahre einen Rückgang von 2,1 % erlebten, wozu in diesem Jahre 4% hinzukamen — also ein Rückschlag von insgesamt 6,1 %, wie er sonst nur in der obengenannten bereinigten Ziffer für die Bundesrepublik vom DIW errechnet wurde. Japan hatte im Vorjahr einen Rückgang von 1,8% und soll in diesem Jahr schon wieder ein Wachstum von 1,5% aufzuweisen haben; aber das ist umstritten.

Die im Jahresbericht der Kommission genannten Ziffern liegen für alle Länder ungefähr bei dem Doppelten von dem, was das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung noch zur Jahresmitte annehmen zu müssen glaubte⁶⁾. Hier zeigt sich, wie lange und wie stark diese Depression selbst von führenden Fachinstituten unterschätzt worden ist. Man kann sogar vermuten, daß auch die von der Kommission genannten Sozialproduktsrückgänge für 1975 noch unterschätzt sind.

Ihren intensivsten Ausdruck findet die Depression im Rückgang der Industrieproduktion. Deren Rückgang hatte in der Bundesrepublik im 4. Quartal 1973 begonnen und bis Mitte 1975 im Vergleich zu der Zeit vor 12 Monaten 14,3% erreicht; das war mehr als der Durchschnitt für die Gemeinschaft, der 12,4 % betrug. Überdurchschnittliche Rückgänge erlebten auch Belgien (—13,6%), Italien (— 15,5%) und Luxemburg (— 23,9 %) sowie wahrscheinlich auch Irland. Großbritannien hatte bis zu diesem Zeitpunkt nur einen Rückgang von 9,5 % aufzuweisen, hat seitdem aber eine verschärfte Schrumpfung erlebt. Rechnet man

2) Vgl. Manfred Teschner, Zur Wirtschaftslage der westlichen Welt, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3, 1975, S. 129.

3) Karin Müller-Krumholz und Reinhard Pohl, Zur Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland, ebenda, S. 132 (für I. Quartal 1974 u. 1975).

4) Aufsatz „Abermals Rückgang des realen Sozialprodukts“ in: DIW-Wochenbericht, 42. Jg., 4. 9. 1975, S. 291 und 288.

5) Annual Report On the Economic Situation in the Community, Strasbourg, 15. Oktober 1975, Tabelle 2.

6) Vgl. Teschner, a.a.O., S. 129.

den Rückschlag im Vergleich zum vorhergehenden Höchststand, auf Monatsbasis und unter Ausschaltung der Saisonschwankungen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1: Saisonale bereinigte Industrieproduktion (1970 = 100) (ohne Bau)

	Höchster Stand		Bisher tiefster Stand		Letzter Stand	
	Monat	Wert	Monat	Wert	Monat	Wert
Bundesrepublik	Juni 1974:	119,3	Juli 1975:	98,7	Sept. 1975:	103,2
Frankreich (ohne Nahrungsmittelind.)	Mai 1974:	126,7	Mai 1975:	107,2	August 1975:	109,9
Italien	April 1974:	124,1	Mai 1975:	101,2	Sept. 1975:	105,8
Belgien	Juli 1974:	131,3	April 1975:	104,9	August 1975:	104,1
Niederlande	Juni 1974:	123,1	Juni 1975:	112,1	Sept. 1975:	111,1
Luxemburg	Februar 1974:	127,8	August 1975:	65,2	August 1975:	65,2
Großbritannien	Juli 1974:	110,1	August 1975:	99,1	August 1975:	99,1
Gemeinschaft (9 Länder)	Juni 1974:	120,1	Mai 1975:	104,3	August 1975:	104,9

(Quelle: EUROSTAT-Statistiken des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, insbes. Ausgaben vom 27. 10. 1975 und 10. 11. 1975.)

Wenn man diese Ziffern als empfindliche Seismographendaten betrachtet, so deutet die Tatsache, daß die Zahlen für August und September etwas günstiger liegen (allerdings nicht in der BRD) vielleicht an, daß der Tiefpunkt der Depression erreicht ist. Das gilt aber sicher nicht für Großbritannien; auch in Schweden und Österreich ist die Rezession erst in den letzten Monaten stärker ange laufen, obwohl das letztere Land sie erfolgreich eindämmte.

Die von uns vertretene These, wonach die Rezession in der Bundesrepublik bereits Mitte 1973 — also vor der Erdölkrise — angelaufen ist⁷⁾, stützt sich vor allem auf die Beobachtung der Entwicklung der Investitionen. Tatsächlich sind die Anlageinvestitionen, die im ersten Quartal 1973 noch um 4,9 % real gewachsen waren, in konstanten Preisen gerechnet in den beiden darauf folgenden Quartalen so gut wie gar nicht mehr gewachsen, nämlich nur noch um 1,6 bzw. 1,1 %. Zwar war dies in erster Linie auf die Verlangsamung bei den Bauinvestitionen zurückzuführen, die nur noch um 1 bzw. 0,7% wuchsen; aber bei den Anlageinvestitionen war ebenfalls eine Reduzierung der Wachstumsrate im zweiten Quartal auf die Hälfte und im dritten Quartal auf weniger als ein Drittel (2,3 bzw. 1,4 % statt 4,9 % im ersten Quartal) zu verzeichnen. Im letzten Quartal 1973 setzte dann der Rückschlag ein, bei den Bauinvestitionen sehr massiv mit einer Schrumpfung um 4,2 % und bei den Ausrüstungsinvestitionen immerhin um 0,3 %. Im ersten Quartal 1974 überholten dann die letzteren im Rückgang sogar die Bauinvestitionsschrumpfung mit minus 9,7% im Vergleich zum ersten Quartal 1973, während die Bauinvestitionen kontinuierlich um 4 % unter dem gleichen Vorjahreszeitraum lagen. Im ersten Quartal 1975 hat sich dann allerdings der Abstand wieder angeglichen: Jetzt lagen die Bauinvestitionen um 14,3% unter dem Stand des ersten Quartals 1974, also insgesamt um 18,5% unter dem Stand des ersten Vierteljahrs 1973 und um rund 20 % unter dem Höchststand von der Jahresmitte

7) Vgl. hierzu den Aufsatz „Die erste Nachkriegsdepression“ in: Die neue Gesellschaft, Nr. 9.1975, S. 770 ff.

1973. Die Ausrüstungsinvestitionen lagen dagegen um 7,9 % unter dem Stand des ersten Quartals 1974, somit um 17,6 % unter dem Stand des ersten Quartals 1973 und um 21,5 % unter dem Höchststand von der Jahresmitte 1973⁸⁾. Finanzminister *Apel* rechnet sogar in seiner Haushaltsrede mit einem Gesamtrückgang der Bruttoinvestitionen um 22,5 % gegenüber 1973, und neuere halboffizielle Voraussagen (vgl. „Economist“, 1.11. 75, S. 82) prophezeien einen weiteren Rückgang von 6 % im nächsten Jahr!

Es war deshalb falsche Optik, wenn man in der Öffentlichkeit geneigt erschien, die Situation im Investitionsbereich mit einem achselzuckenden Hinweis auf die Kapazitätsüberhänge in der Bauwirtschaft abzutun, die durch Gesundheitschumpfung beseitigt werden müßten. Ganz abgesehen davon, daß uns diese sogenannte Gesundheitschumpfung teuer zu stehen kommen dürfte — weil sie nämlich mit der Vernichtung zahlreicher Unternehmen identisch ist, was eine unzureichende Bautätigkeit in kommenden Jahren bedeuten wird —, darf man nicht übersehen, daß die Ausrüstungsinvestitionen der Industrie sogar relativ stärker geschrumpft sind als die Bauinvestitionen. Hinzu kommt die Misere im Wohnungsbau, wo die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im August gerade drei Fünftel der Zahl vom Vorjahr betrug, nämlich 21 000 gegen 35 000, obwohl die Vorjahresziffer auch schon eine Schumpfung bedeutete.

Der Index der Produktion des Bauhauptgewerbes ist allein vom ersten Vierteljahr 1974 bis zum August 1975 von 114 auf 88 Punkte (1970 = 100) gefallen. Man dürfte damit rechnen können, daß ein Viertel bis ein Drittel der Baukapazitäten unbeschäftigt sind.

Eine naheliegende Frage wäre die, ob die Investitionen des Staates angesichts der abfallenden Investitionen im Unternehmens- und Wohnungssektor kompensierend gewirkt haben. Das war eindeutig nicht der Fall⁹⁾.

Insgesamt gesehen konnte die nominale Zunahme der Staatsinvestitionen von 32,8 Mrd. 1973 auf 39,4 Mrd. 1974, also um 6,6 Mrd. nur einen Tropfen auf einen heißen Stein darstellen bei einem Rückgang der Wohnungs- und Unternehmensinvestitionen zusammen um 20 Mrd. DM, zumal die reale Zunahme der Staatsinvestition von vielleicht 12 % = rund 6 Mrd. nur etwa 3 % der Gesamtinvestitionen des nichtstaatlichen Sektors ausmachte, der um mindestens 15 % geschrumpft war. Eine Kompensation erfolgte also nicht.

Zu beachten ist auch, daß die Nettoinvestitionen — der eigentliche Motor der Wirtschaft — vom 1. Quartal 1973 bis zum 1. Quartal 1975 im Wohnungsbau fast, in der Industrie um mehr als die Hälfte reduziert wurden.

8) Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, DIW-Vierteljahreshfte zur Wirtschaftsforschung, Hef 3, 1975, S. 143.

9) Vgl. dazu „Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung“, Tabellenanhang im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 27. Jg., Nr. 10, Oktober 1975, S. 25 ff.

In keinem Lande der Wirtschaftsgemeinschaft ist der Wohnungsbau so heruntergekurbelt worden wie bei uns: Dänemark kommt uns zwar nahe mit einem Rückgang um ein Drittel, aber die Niederlande haben zur Jahresmitte nur einen Rückgang um rund ein Fünftel aufzuweisen, Irland hält das Vorjahrsniveau ungefähr, die Italiener haben zum Jahresbeginn sogar die Vorjahresbauziffern überschritten, und die britischen Ziffern liegen um ein Viertel über dem Vorjahresniveau. In Belgien liegt die Zahl der begonnenen Wohnungen im zweiten Quartal 20 bis 30 % über dem Vorjahresniveau¹⁰⁾.

Keine antizyklische Investitionspolitik im öffentlichen Sektor

Es wäre nun von Interesse, einmal nachzuprüfen, wie sich die Investitionen des Staates plus Investitionen der öffentlichen Unternehmen entwickelt haben. Leider lassen sich die letzteren statistisch nicht ohne weiteres erfassen, es sei denn mit einem zeitlichen Rückstand von etwa anderthalb Jahren. Wenn die Staatsinvestitionen selbst in der Bundesrepublik nur etwa 4 % des Bruttosozialprodukts betragen¹¹⁾, bei einem Anteil der Anlageinvestitionen von rund 24 % am Sozialprodukt also nur ein Sechstel der Investitionen ausmachen, so erscheint diese Manövriermasse nicht eben groß.

Der Anteil der öffentlichen Unternehmen an den Bruttoinvestitionen des Unternehmenssektors einschließlich der Wohnungswirtschaft belief sich aber in den Jahren 1968 bis 1971 auf etwa 18 bis 19 %¹²⁾. Darin sind die Investitionen von Bundesbahn und Bundespost auch enthalten, die allein in der obigen Ziffer der Staatsinvestitionen mit erfaßt sind. Die Gesamtinvestitionen des öffentlichen Sektors — Unternehmen und hoheitlich-staatliche Investitionen — dürften sich somit tatsächlich immerhin auf etwa 30 % der Investitionen überhaupt belaufen, d.h. in normalen Zeiten auf etwa 7 % des Bruttosozialprodukts. Nur wird diese relativ bedeutsame Manövriermasse eben nicht koordiniert gesteuert.

Wenn man einen solchen Anteil heutzutage in manchen Kreisen — bis zur Regierungsebene — als allzu hoch ansieht, so ist demgegenüber zu bedenken, daß dieser Anteil in anderen Ländern wie in Frankreich und Italien 35 bzw. 45 % der Bruttoinvestitionen insgesamt und somit 8,5 bzw. 10 % des Bruttosozialproduktes ausmachen dürften, auf die jeweils 25 bzw. 20 % Investitionsanteil am Sozialprodukt bezogen.

Das Problem der „hausgemachten Rezession“

Der Bundeswirtschaftsminister hat vor dem Bundestag die Ansicht vertreten, der Rückgang des Sozialprodukts sei zu zwei Dritteln extern durch den Exportausfall verursacht und nur zu einem Drittel „hausgemacht“. Indessen vergißt man

10) Eurostat-Konjunkturstatistik, 20. 10. 1975, S. 22—24.

11) OCDE, *Revolution de la depense dans les pays de l'OCDE 1960—1980*, Paris, Juli 1972 S. 128.

12) CEEP, *The evolution of the public enterprises in the Community of the Nine*, May 1973, S. 64.

dabei, welchen Beitrag die Bundesrepublik indirekt zur Auslösung und Vertiefung der Weltrezession geleistet hat, der nun auf sie zurückschlug.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat für das erste Halbjahr berechnet, die Stagnation der nominalen Exportwertsumme im ersten Halbjahr 1975 bedeute einen Realrückgang des Exportvolumens um 11 %; die anderthalbprozentige Reduzierung der Exportwerte im zweiten Halbjahr soll nach seiner Ansicht weitere 4,5 % > Rückgang des Exportvolumens bringen ¹³⁾. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat dann versucht, einen Zusammenhang zwischen Rezession und Export herzustellen; es meinte, der Rückgang des realen Bruttozialprodukts im ersten Quartal 1975 sei „ausschließlich durch die stark gedrosselten Ausfuhren“ bewirkt, dann aber sei im zweiten Quartal „der Rückgang des realen Bruttozialprodukts um rund 30 Mrd. DM (Preise von 1974, auf Jahresbasis) . . . dagegen zu etwa gleichen Teilen von den . . . Einbußen beim Außenbeitrag und bei den Bruttoanlageinvestitionen“ verursacht worden ¹⁴⁾.

Solche Äußerungen könnten den Mythos stärken, wonach die Rezession vom Ausland nach Deutschland hineingetragen worden sei. In Wirklichkeit war es umgekehrt: Japan, die USA und Deutschland waren die drei Länder, in denen das Sozialprodukt bereits 1974 unter und auf Null absank, dieweil fast alle übrigen Industrieländer noch wesentliche Wachstumsraten aufzuweisen hatten. Wir haben weiter oben sowie in früheren Publikationen (s. Anm. 7) nachzuweisen versucht, daß die Rezession in der Bundesrepublik im Investitionsbereich in der zweiten Jahreshälfte 1973 begann. Die Ausfuhr war im Gegenteil noch bis tief in den Herbst 1974 hinein ein Konjunkturstützungsfaktor: Ihre Nominalwertsumme stieg 1974 um 31,4 %, dieweil die Einfuhr nur um 27,9 % stieg. Das entsprach einer Realausweitung der Exporte um 13,3 % und der Importe nur um 4,8 %/o. Die Differenz bedeutet, daß die Welt einen entsprechend großen zusätzlichen Kaufkraftentzug erfuhr — im Prinzip, wenn auch keineswegs im Ausmaß analog dem, den man von der Erdölpreiserhöhung erwartete, der dann aber glücklicherweise geringer ausfiel, weil die Araber mehr kauften, als man gedacht hatte.

Bei der Pflege dieses Mythos von der exportausfall-verursachten Depression wird offenbar das übersehen, was die Europäische Kommission in ihrem Jahreswirtschaftsbericht vom Oktober betont hat, nämlich die Existenz des Außenhandelsmultiplikators, der auch negativ wirkt: Die Kommission sagt, daß sich heute die Partnerländer gegenseitig rascher mit Rezessionstendenzen „anstecken“, und daß die Krankheit dann virulenter denn je den ursprünglichen Ausgangsherd von außen her erneut befällt. In dem Bericht wird darauf verwiesen, daß eine Reihe von Studien ergeben haben, eine Verringerung von 1 % in der Wachstumsrate eines der großen Industrieländer führe zu einer Rückwirkung in der dop-

13) Sondergutachten vom 19. 8. 1975, Bundestagsdrucksache 7 3976, S. 3.

14) DIW-Wochenbericht. 42. Jg., Nr. 36 75, 4. 9. 1975, S. 2S7.

pelten Höhe für die gesamte effektive Nachfrage in der Gemeinschaft. Dieser „Multiplikator“ ist etwas niedriger für Italien und Frankreich und etwas höher für Belgien und die Niederlande¹⁵). Man wird daraus schließen müssen, daß die Reduzierung der Wachstumsrate in der Bundesrepublik von 5,3 auf 0,4 % (= fast 50 Mrd. DM) eine Verringerung der effektiven Nachfrage der Gemeinschaft in Höhe von 100 Mrd. DM (= etwa 3 % des kombinierten Bruttosozialprodukts der EWG) ausgelöst haben müßte. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man gut und gern etwa die Hälfte der Reduzierung des deutschen Exportvolumens 1975 von real 30 Mrd. DM auf eine Rückstrahlung der Verringerung der deutschen Wachstumsrate im Jahre 1974 zurückführt — womit mehr als zwei Drittel unserer Rezession im Ausmaß von 1975 hausgemacht wären.

Der preispolitische Erfolg der Bundesrepublik — ein Pyrrhussieg?

Die geradezu überschäumende Expansion der deutschen Exporte über den größten Teil des Jahres 1974 hinweg dürfte den deutschen Bundeskanzler mit zu jenem Irrtum veranlaßt haben, den er vor kurzem eingestand: „... In bezug auf eigene Prognosen bin ich sehr vorsichtig, weil ich mich in einem entscheidenden Punkte heute vor gut einem halben Jahr geirrt habe. Ich habe geglaubt, daß die Weltrezession ihren Tiefpunkt durchschritten hatte. Dies war ein Irrtum“¹⁶).

Nun zielte die Haltung der deutschen Bundesregierung zweifellos von Anfang an in erster Linie auf die Niedrighaltung des deutschen Preisniveaus ab; sie dürfte in erster Linie politisch bestimmt gewesen sein, angesichts der hochgradigen Inflationssensibilität der politisch umworbenen Schichten. Das hat zu jener unterschiedlichen Preisentwicklung geführt, die den Nährboden für den trügerischen Exportboom bei beginnender Weltdepression abgab.

In der Tat war die relative Deflationspolitik ein Erfolg vom Blickpunkt der Niedrighaltung des Preisniveaus. 1974 blieb das deutsche Verbraucherpreisniveau mit 7,3 % um mehr als ein Drittel unter der durchschnittlichen Preissteigerung der Gemeinschaft (12,3 %) und um mehr als die Hälfte unter der Preissteigerung der Partnerländer außerhalb des Benelux-Raumes: Frankreich und England erlebten Steigerungen von 14 bis 15 %, Dänemark, Irland und Italien solche von 17 bis 20%. Noch krasser war die Diskrepanz, wenn man die Exportpreise miteinander vergleicht. Und ganz besonders kraß war der Unterschied im Verbraucherpreisniveau in dem Halbjahr, das die Verschärfung der Weltrezession zur Weltdepression einleitete, nämlich im Zeitraum vom Juni bis zum Dezember 1974: Den 2,3% Preissteigerung in der Bundesrepublik stand mehr als das Zweieinhalbfache in Frankreich, mehr als das Dreifache in Belgien, Dänemark und Großbritannien, fast das Vierfache in Irland und das Fünffache (12,3%) in Italien gegenüber. .. Im ersten Halbjahr 1975 flaute die Differenz dann für die

15) Jahresbericht der EWG zur Wirtschaftslage, Dok. 75/520 v. 15. 10. 1975, S. 4.

16) Spiegel-Interview: „Ich habe mein Leben lang ungenügend gepusht“, Spiegel, 29. Jg., 27. Oktober 1975, S. 33.

meisten EWG-Länder auf ein Verhältnis von 4:5 und weniger ab; vor allem Italien „erholte“ sich auf 6%, dieweil die deutsche Rate im Zeichen einer echten „Rezessionsfiation“ zeitweilig auf 4,1 % > zunahm und die britische Rate sich auf 17,3% erhitzte¹⁷⁾. Damit, daß nun auch die anderen Länder in die Rezession rutschten, starb dann aber der deutsche Exportboom.

Bundesdeutsche Bremspolitik förderte die Rezession

Vergleicht man die Daten, die für die kombinierte Wirkung von Geld- und Fiskalpolitik vorliegen, so zeigt sich, daß die Bundesrepublik im ersteren Bereich eindeutig an der Spitze der Bremser liegt, mit einer regelrechten monetären Restriktion seit der zweiten Jahreshälfte 1974, bei gleichzeitiger Reduzierung des Haushaltsdefizits auf ein Minimum im Jahre 1974. Allerdings fand sie in der Fiskalrestriktion 1974 Nachahmer in Frankreich und Belgien, die Haushaltsüberschüsse produzierten, und in Dänemark, das Haushaltsausgleich erzielte. Aber alle diese Länder haben ihre Fiskalrestriktion durch großzügige Geldexpansion gemildert. Die gemeinsame Quittung erhielten sie dann mit der Weltrezession. Die Bundesrepublik aber brachte es allein fertig, bei bereits massiv rückläufigen Bau- und Ausrüstungsinvestitionen die Restriktionspolitik fortzusetzen, bis man dann im Dezember 1974 mit einem völlig unzureichenden Konjunkturprogramm das Steuer viel zu spät herumzuwerfen versuchte.

Tabelle II: Geld- und Fiskalpolitik in der EWG¹⁸⁾

	Ausweitung der Geldmenge (M 2) in %			Haushaltsüberschuß (+) bzw. Haushalts- defizit (-) in % des Bruttosozialprodukts		Verbraucher- preisssteige- rung in %	
	1973	1974	1975	1974	1975	1974	1975
Bundesrepublik	13,8	5,2	— 3,1	— 1,7	— 6,2	7,3	6,0
Großbritannien	28,5	11,9	8,5	— 6,3	— 7,8	15,2	21,5
Niederlande	22,0	20,0	10,9	— 1,5	— 4,3	10,0	10,5
Belgien	14,8	11,3	13,6	+ 3,6	— 3,1	12,3	12,4
Frankreich	14,3	16,8	14,4	+ 0,4	— 2,4	13,7	11,6
Italien	23,3	15,4	16,5	— 7,1	— 8,3	17,0	12,0
Dänemark	12,7	8,9	16,6	— 0,2	— 5,2	15,0	9,5

Hätten diejenigen Länder, die es sich erlauben konnten — die Bundesrepublik, die Niederlande, Belgien und wohl auch Frankreich und Dänemark —, 1974 bewußt das halbe Haushaltsdefizit auf sich genommen, das sie 1975 gezwungenermaßen hinnehmen mußten, so hätte die europäische Rezession in diesem Umfange sicherlich vermieden werden können. Allein, hier kam es auf gemeinsames, kollektives Handeln an. Nachdem man aber mit vereinten Kräften die europäischen Gemeinschaftsinstrumente weitgehend unscharf, wenn nicht geradezu stumpf und unpopulär gemacht hat, sind die Voraussetzungen für eine solche

¹⁷⁾ Nach: Jahreswirtschaftsbericht der EWG v. 15. 10. 75, Tabellen 2 und 4.

¹⁸⁾ Nach EWG-Wirtschaftsbericht v. 15. 10. 75, Tabellen 2, 5, 6.

Zusammenarbeit so gut wie unter den Tisch gefallen — und das Ergebnis sind Produktionsausfälle gigantischen Ausmaßes, die niemandem nützen und unwiederbringlich verloren sind.

Kunstfehler der Wirtschaftspolitik

Was man den Regierungen so ziemlich aller großen Industrieländer vorhalten muß, ist etwa folgendes:

— Im Herbst 1973 piffen es die ökonomischen Spatzen von allen Dächern, daß wir einer Rezession im Weltmaßstabe entgegensehen mußten. Das war spätestens seit dem Mammut-Transfer von internationaler Kaufkraft an die OPEC-Länder, die diese Summen unmöglich sofort ausgeben konnten, so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Araber haben dann ihren bösen Ruf dadurch gemildert, daß sie doch mehr einkauften, als man gedacht hatte — aber die Europäer und Amerikaner machten sich inzwischen daran, aus eigener Kraft den Boom zu unterhöhlen.

— Angesichts der riesigen anlaufenden Zahlungsbilanzdefizite der schwächeren Länder war es die Pflicht der Überschußländer, gemäßigt zu inflationieren. Da bereits weitgehend schwankende Wechselkurse galten, war auf Weltebene eine formale Aufwertung kaum mehr entscheidend. Der „Economist“ hatte recht, wenn er Ende 1974 feststellte, daß „die gegenwärtige Politik harter finanzieller Orthodoxie in Amerika und Deutschland wahrscheinlich Hunger auf breitester Ebene... für eine Milliarde Menschen in den ärmsten Ländern wie Indien und Bangladesh bringen wird...“¹⁹⁾. Man muß heute nur noch hinzufügen, daß die Not auch über 15 Millionen Arbeitslose, wohl mit den Angehörigen 40 oder 50 Millionen Menschen in den Industrieländern selbst treffen sollte.

— Die Koexistenz von riesigen Haushaltsdefiziten in den Haushalten der Industrieländer von 1975 mit tiefen Einschnitten in der Industrieproduktion und im Sozialprodukt beweist, daß die Aufgabe der relativ restriktiven Haushaltspolitik zu spät erfolgte. Wenn eine in den meisten Ländern relativ großzügige Geldpolitik daran nichts zu ändern vermochte, dann zeigt dies wieder einmal, daß man mit dieser keinen Aufschwung erzwingen kann, wenn „die Pferde nicht saufen wollen“ — oder, um ein anderes Gleichnis zu verwenden, daß man mit einem Strick nicht stoßen kann.

— Auf jeden Fall waren und sind die inzwischen angelaufenen Konjunkturprogramme viel zu spät gekommen und in den meisten Fällen — vielleicht mit Ausnahme des französischen Programms, das von seinen scheinbar 18 Mrd. DM allerdings nur 12 Mrd. DM wirklich wirksam werden läßt, und des italienischen mit 13 Mrd. DM — auch zu schwach dimensioniert. Die beiden deutschen Konjunkturprogramme, auf zwei Jahre verrechnet, machen nicht einmal 0,45 % des

19) Economist 21. 12. 1974, Artikel: Grow on Regardless (S. 67).

Bruttosozialprodukts aus — 1967 waren es noch 1,6%. Das französische Programm macht immerhin 1,5%, das italienische sogar fast 3 % des dortigen Sozialprodukts aus. Wenn der Aufschwung jetzt in den USA und Japan sowie in schwachen Ansätzen in Europa anzulaufen scheint, so geschieht das eher aus den „Selbstheilungskräften“ der Wirtschaft heraus als auf Grund staatlicher Aktion.

— Damit hat der Mythos abgedankt, wonach die bisherige Weltprosperität auf der Intelligenz moderner Regierungen beruht hätte. Es scheint, als hätten diejenigen recht, die sie dem Wachstum des Welthandels zuschrieben, das wiederum auf den Einmaleffekt des Abbaus der Handelshemmnisse in der Nachkriegszeit zurückzuführen war — eine These von *Helmut Arndt*²⁰). Der Welthandel ist jetzt um 6 bis 7 Prozent geschrumpft; es dürfte nicht einfach sein, ihn auf die früheren Wachstumsraten zurückzubringen.

Daß das Kind in den Brunnen fiel, haben die Regierungen nicht verhindern können. Es kann jetzt nur noch darum gehen, daß sie es wieder herausholen und daß es in Zukunft nicht so leicht wieder hineinfällt. Welche Lehren muß man aus den Ereignissen ziehen, die die erste Nachkriegsdepression brachten?

Keynes ist tot und Harrod lebt — Wiederkehr der Unstabilität des Kapitalismus

Diese Lehren dürften etwa folgende sein:

Erstens: Der Keynesianismus ist verunglückt. Bisher hatte die Öffentlichkeit geglaubt, die Regierungen hätten die keynesianische Kunstlehre, wonach man den Kapitalismus beliebig manövrieren kann, mit Löffeln gefressen, und sie hätten für jede Rezessionsgefahr genügend „blueprints“ in der Schublade, um antizyklisch zu reagieren und sie mit souveräner Hand zu beschwören. Dieses Märchen erwies sich als Luftballon, der bei der ersten scharfen Brise platzt.

Zweitens: Der Keynesianismus war für eine Welt relativ in sich geschlossener autonomer Staaten konzipiert. Die Nachkriegswelt hat eine weitreichende ökonomische Verflechtung bejaht. Sie hat sich aber nicht dazu durchringen können, nun auch „ja“ zu sagen zu den inter- und supranationalen Instrumentarien, die inzwischen geschaffen worden waren, und sie ohne schlitzohrig-kleinkarierten Egoismus zu handhaben. Vor allem hat man mehr oder weniger jeden Versuch zur Handhabung des Artikels 103 des EWG-Vertrages, der eine gemeinsame Konjunkturpolitik vorsieht, aus Furcht vor nationalem Souveränitätsverzicht im Keime ersticken lassen. Entweder korrigiert man das jetzt, oder es kommen noch schärfere Debakel.

Drittens: Ein Land wie die Bundesrepublik mit seinem „horror vacui“ vor inflationären Tendenzen wird in einer solchen engverflochtenen Welt zwar einige Vorteile genießen. Beispielsweise kommt es, wie weiland England in der großen

20) Helmut Arndt, Volkswirtschaftliches "Wachstum und weltwirtschaftlicher Geldkreislauf, in: Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum, Festschrift für Carl Fohl, herausgg. v. Erich Schneider, Tübingen 1966, S. 10.

Krise, im Rückschlag in den Genuß verbesserter „terms of trade“, weil die übrigen Länder seine Qualitätsprodukte doch noch nötiger brauchen als das Industrieland deren Produkte. Insofern besteht eine Ähnlichkeit zwischen der Position der Bundesrepublik als Quasi-Monopolist für Qualitätsgüter und den Quasi-Monopolisten der OPEC. Die Pariser Rohstoffkonferenz verfolgt im Geiste der dritten Welt das Ziel, beide Monopolisten an den Verhandlungstisch zu bringen.

Viertens: Ein solches Land muß sich aber auf die Dauer entscheiden, ob es nun auch an die anderen denken und stärker inflationieren will, d. h. ob es von seiner Position wirklich Gebrauch machen will, zum Nutzen seiner Binnennachfrage und damit der effektiven Weltnachfrage, oder ob es weiter auf der halben Inflationsrate der Nachbarländer bleiben und den Druck auf die Deflation in diesen Ländern ständig aufrechterhalten und von Zeit zu Zeit verschärfen will.

Geht es diesen letzteren Weg, so sorgt es für eine Permanenz hoher Zahlungsbilanzdefizite bei den anderen und sammelt selber auf die Dauer nur papierene Ansprüche, statt für seine Güter andere Güter zu empfangen — schnallt sich also selber den Gürtel künstlich enger! Auf die Dauer muß aber ein solcher lähmender Druck dazu beitragen, daß die moderne Industriewelt in einen Zustand des Quasi-Nullwachstums hineingleitet, wie ihn Großbritannien zeitweilig vorexerzieren zu wollen schien.

Fünftens: Kommt es dann von Zeit zu Zeit zur Erholung nach Stagnations- und Rezessionsepochen, dann läuft die Inflation in diesen bisher künstlich gebremsten Ländern um so brüsker an und muß früher oder später auf die Bundesrepublik zurückstrahlen.

Die relative Stagnation, die die Bundesrepublik seit 1970 erlebte, wurde lediglich im letzten Quartal 1972 und in den ersten drei Quartalen des Jahres 1973 im Zuge der Überhitzung des Weltbooms unterbrochen. Diese relative Stagnation konnte die Bundesrepublik trotzdem nicht davor bewahren, von einer Preissteigerungsrate von 3,4 % 1970 auf eine solche von 7 % 1974, also auf mehr als das Doppelte zu kommen.

Heute kann man getrost die Prophetie wagen, daß sich analog dazu die deutsche Preissteigerungsrate im Zuge der erneut auf uns zukommenden Überhitzung im nächsten Weltboom bis 1979 nochmals wieder verdoppeln wird — auf, sagen wir, 14 %. Dem hätte man entgehen können, wenn man der Weltrezession entgangen wäre — mit Hilfe einer deutschen Anpassungspolitik.

Eine relativ einfache Rechnung für die nächste Zukunft der Weltwirtschaft hat hierzu der „Economist“ schon im April aufgemacht: Zwischen 1970 und 1973 hatte die westliche Industrieproduktion eine Steigerung von etwa 20 % erlebt. Das brachte auf dem Höhepunkt des Booms, in zwölf Monaten 1972/73, eine Verdoppelung der Rohstoffpreise und eine Vervierfachung der Erdölpreise.

Wenn wir auf die Normalwerte des Wachstums der Weltindustrieproduktion von etwa 5,5 % wieder heraufkommen wollen, müßten wir 1976/78 eine Steigerung der Weltindustrieproduktion von 30—35 % erreichen. Logischerweise könnte man erwarten, daß dann die Rohstoffpreise mindestens auf das Dreifache, wenn nicht auf das Vierfache hinaufschnellten. Glaubt irgend jemand, die Bundesrepublik würde damit der Intensivierung der inflationären Entwicklung insular entgegen²¹⁾?

Sechstens: Wir scheinen damit im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts einem Wechsel von Depressionsflation und Inflation entgegenzugehen, der immer breitere Schwingungsamplituden in der Produktion und im Sozialprodukt auslöst. In einer solchen Welt würde die Vision *Harrods* Gestalt annehmen, der der Ansicht war, ein von kapitalistischen Prinzipien — sprich: ungezügelter privater Investitionsfreiheit (Stichwort: Investitionslenkung?) — beherrschtes System sei in sich fundamental instabil und müsse zwischen der Szylla der Depression und der Charybdis der Inflation hin- und herschwanken. Diese Tendenz war schon in den fünfziger Jahren in den USA spürbar und erfaßt erst neuerdings die gesamte Industrieland. Wir haben an anderer Stelle auf die eigenartigen Analogien zwischen dieser Theorie *Harrods* und der Unstabilitätsvision von *Karl Marx* hingewiesen²²⁾.

Das deutsche Syndrom vom wachsenden Staatsanteil — Brüning redivivus?

Die vorherrschende deutsche Inflationspsychose ist neuerdings verstärkt und untermauert worden durch eine andere politisch gesteuerte These: die, wonach eine konjunktur- und wachstumsfördernde Politik die Gefahr eines wachsenden Staatsanteils am Sozialprodukt auslöst, vor allem angesichts des gigantisch erscheinenden Defizits von rund 70 Mrd. DM. Nicht nur die FDP, sondern auch Gremien wie der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium haben in neuerer Zeit Ideen in dieser Richtung entwickelt²³⁾.

Damit ist ein Gerede vom Sparprogramm in der bundesdeutschen Haushaltspolitik ausgelöst worden, das mitten in der Depression irgendwie an einen Brüning redivivus erinnert. Entschuldbar wäre dies noch, wenn man damit die Öffentlichkeit über die notwendigen Reflationsmaßnahmen hinwegtrösten wollte. Allein es sieht danach aus, als ob immer breitere Kreise von dieser neuen Psychose erfaßt werden, die den Aufschwung anämisch werden lassen könnte.

Der Anstieg des Staatsanteils am Sozialprodukt ist ein historisches bzw. säkulares Phänomen, das *Adolph Wagner* aufgezeigt hat und das sich in großen Zügen

21) Artikel „Beware the Coming boom“, *Economist*, 12. April 1975, S. 80.

22) Vgl. Karl Kühne, *Ökonomie und Marxismus*, Band II: Zur Dynamik des Marxschen Systems, Neuwied 1974, S. 487 ff.; vgl. darin auch die Darstellung und Diskussion der Theorie Arndts, S. 97 ff.

23) Vgl. hierzu z. B. *Wirtschaftswoche*, 1. 8. 75, Aufsatz „Stoppt endlich den Staat“ (zu Stellungnahmen von Graf Lambsdorff), ferner das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen „Zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen in der BRD“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 16. 8. 1975, Nr. 103, S. 1001 ff.

als richtig erwiesen hat, auch wenn es in Schüben, vor allem nach den beiden Weltkriegen, verwirklicht wurde. Es sind dabei einige Einschränkungen zu machen; geht man bis ins achtzehnte Jahrhundert zurück, so ergab sich zeitweilig sogar eine Regression, und es hat auch seither Korrekturen gegeben²⁴). Aber nach dem zweiten Weltkrieg hat sich die Tendenz zweifellos wieder durchgesetzt. Von 1955 auf 1969 ist der Anteil der Gesamtausgaben des öffentlichen Sektors am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder von 27 auf 32,5 % angewachsen; für die Bundesrepublik war die Steigerung sogar noch relativ schwach, von 32,4 auf 36,5 % — also wenig mehr als 13 % gegen 20 % im Schnitt der OECD²⁵). Nun lag die Hauptsteigerung in diesem Zeitraum nicht so sehr beim eigentlichen Staatsverbrauch, sondern bei den Transferzahlungen einschließlich Subventionen an die Wirtschaft. Erst in den letzten Jahren hat der Staatsverbrauch stärker zugenommen. Indessen bedarf es hier einer speziellen Studie. Im Prinzip ist jedoch zu sagen, daß die Staatsleistungen überwiegend den Dienstleistungen zuzurechnen sind; bei diesen besteht in sehr vielen Ländern eine Tendenz zur Ausweitung ihres Anteils am Sozialprodukt, und es müßte überraschen, wenn die staatlichen Dienstleistungen davon eine Ausnahme machten.

Man hat sehr viel Lärm gemacht um die zusätzliche Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften in diesem Jahr, obwohl auch jetzt die Verschuldung der öffentlichen Hand, auf das Sozialprodukt bezogen, noch nicht ein Sechstel des Verschuldungsgrades des britischen Staates beispielsweise erreicht hat und nicht entfernt die Binnenverschuldung der USA. Trotzdem wird immer wieder die Befürchtung laut, die öffentliche Hand könne den Kapitalmarkt für die private Wirtschaft blockieren.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat vor kurzem dargelegt, wie unbegründet solche Befürchtungen sind. Nach seiner Auffassung „mußte der Staat ein so hohes Einnahmefizit . . .“ hinnehmen, schon weil „die Bereitschaft . . . der Unternehmen, sich zu verschulden und Sachvermögen zu bilden, fühlbar nachließ“. Das Institut fügt hinzu, es wäre „schon deshalb . . . unzutreffend, die staatliche Kreditnachfrage als eine — die privaten Investitionen verdrängende — Konkurrenz der privaten Wirtschaft auf dem Kapitalmarkt anzusehen. Von einer Verdrängungskonkurrenz kann aber auch deshalb nicht gesprochen werden, weil bisher . . . die Nachfrage nach langfristigen Mitteln zu nachgebenden Zinssätzen gedeckt wurde“²⁶).

Entdramatisierung des Defizits

Wenn man das diesjährige Defizit von rund 70 Mrd. DM nüchtern betrachtet, so stellt sich zunächst heraus, daß jeweils rund 16 Mrd. DM auf die

24) Vgl. hierzu die Debatte des Wagnerschen Gesetzes bei Recktenwald, Peacock-Wiseman u. a., zusammengestellt bei: Karl Kühne, Der öffentliche Sektor in säkularer Sicht, in: Die öffentliche Wirtschaft H 4 Okt /Dez 1971 S. 141—143.

25) OCDE, L'evolution de la depense . . . , a.a.O., S. 75.

26) Karin Müller-Krumholz/R. Pohl, a.a.O., DIW-Vierteljahreshfte, Heft 3/1975, S. 136.

Normalverschuldung des Staates und auf die Steuerreform vom Beginn dieses Jahres entfallen. Diese rund 32 Mrd. DM sind also ein „geplantes Defizit“, von dem allerdings nur die zweite Hälfte als konjunkturwirksam gedacht war — daß sie es angesichts der erhöhten Sparrate nicht wurde, steht auf einem anderen Blatt. Zu dieser Kategorie des „geplanten Defizits“ muß man auch die Konjunkturprogramme — einschließlich der zwei Mrd. Überhang vom Vorjahr — rechnen, womit dann das gesamte „geplante Defizit“ fast 40 Mrd. erreichen würde.

Die übrigbleibenden 30 Mrd. DM gliedern sich in 15 Mrd. konjunkturbedingte Steuerausfälle und 8 Mrd. ebenfalls rezessionsbedingte Finanzhilfe an die Bundesanstalt für Arbeit. Beides würde beim Wiederaufstieg verschwinden. Damit bleibt ein echtes strukturelles Defizit von 7 Mrd. DM. Hat sich der Lärm der Sparprogramme für diese Summe gelohnt?

Das Defizit ohne Normalverschuldung würde beim Wiederaufschwung automatisch um die Konjunkturprogramme, die Steuerausfälle und die Zuschüsse an die Bundesanstalt verringert, somit von 54 auf etwa 23 Mrd. DM sinken.

Natürlich muß man sich nach der Steuerreform Gedanken darüber machen, wie man die 16-Milliarden-Lücke wieder hereinbringen will. Es zeichnet sich bereits ab, daß man dafür auf Steuern mit regressiver Wirkung, wie die Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsbeiträge, zurückgreifen wird, also auf umverteilungsfeindliche Abgaben, nachdem man auf umverteilungsfreundliche Steuern verzichtet hat.

Allerdings darf man dieses Problem nicht statisch sehen. Die echte Lücke von 7 Mrd. soll hier keineswegs bagatellisiert werden. Es ist aber doch anzunehmen, daß sie angesichts der verbleibenden Progressivität im Steuersystem beim Aufschwung erheblich verringert, wenn nicht großenteils verschwinden wird. Würde man die 7 Milliarden durch zusätzliche Steuern decken müssen, so entspräche das noch nicht drei Prozent des Steueraufkommens von 1974 und nicht einmal zwei Prozent des Steueraufkommens plus Sozialversicherungsbeiträge. Sollte eine wieder vollbeschäftigte Wirtschaft das nicht verkraften können?

Am Rande sei bemerkt: Das japanische Defizit ist in diesem Jahr ebenso hoch wie das bundesdeutsche, lief aber eher an und war daher konjunkturwirksamer. Das USA-Defizit erreicht in diesem Jahre nicht 42 Mrd. Dollar, wie Finanzminister Apel in seiner Haushaltsrede am 4. 11. meinte, sondern 90 Mrd. Dollar; wie der „Economist“ schon am 4. 10. berichtete! Ohne diese Defizite wäre der Konjunkturreinbruch überall mindestens doppelt so tief gegangen, und wir hätten in der Bundesrepublik 10 % statt 5 % Arbeitslose.

Darum ist die bundesdeutsche Diskussion mit ihrem Spartenor am eigentlichen Problem vollständig vorbeigelaufen. Die Opposition hätte die Regierung zur Höhe des Defizits belobigen und sie nur dafür tadeln müssen, daß es nicht schon eher zum Tragen gekommen sei. Die Regierung hätte bekennen müssen,

daß das Defizit 1974 zu gering war, und sie hätte die „volle Hinnahme des Defizits“ nicht nur für 1975, sondern mindestens auch für die erste Jahreshälfte, wenn nicht das ganze Jahr 1976 proklamieren müssen, damit der Aufschwung gesichert wird — unbeschadet etwaiger Bremsen für 1977.

Das ist um so wichtiger, als noch Anfang November Bedenken in der OECD bestanden, ob der Weltaufschwung stark genug ist, um das alte Niveau rasch wieder zu erreichen.

Die Weltwirtschaft dürfte bald aus der Flaute herauskommen: In Japan und den USA (wo das Bruttosozialprodukt im 2. Quartal um 1,9, im 3. Quartal um 11,2% wuchs!²⁷), mehren sich die Anzeichen dafür. Aber deshalb rettet uns nicht schon morgen neu vom Himmel fallendes Exportmanna allein, wie schon einmal 1967 — es bedarf einer stärkeren Ankurbelung als damals durch öffentliche Investitionen und Anreize für Investitionen überhaupt.

Damit soll einer uferlosen Ausweitung des Staatsanteils nicht das Wort geredet werden. Rationalisierungsmaßnahmen sind immer sinnvoll; zu ihrer Rechtfertigung brauchte man nicht erst auf das Defizit zu warten. Aber es liegt auch kein Anlaß dazu vor, das Halali für eine rücksichtslose Streichungsjagd zu blasen — vor allem dann nicht, wenn eventuelle Ausgabenkürzungen die Einstellung wichtiger öffentlicher Leistungen und den Abbau der Funktionen öffentlicher Unternehmen bedeuten sollen, die den Gemeinwirtschaftsgedanken verkörpern. Und schlimmer noch: Die bewußte Planung wesentlicher Haushaltskürzungen für 1976, bevor man noch die Gewähr für einen nachhaltigen Erholungsprozeß in der ersten Jahreshälfte in der Tasche hat, kann zur Folge haben, daß der erhoffte Aufschwung blutleer bleibt, in der zweiten Jahreshälfte stagniert und der gesamte europäische Raum, wenn nicht die Welt durch ein erneutes Bremsmanöver der bundesdeutschen Lokomotive in eine neue Stagflation hineingezogen wird.

27) Artikel „US third-quarter rise in GNP biggest in 20 years“, Financial Times, 21. 10. 1975.